



BERND KAMMERER / AP

Die Macht der Straße (in Frankfurt)

# Flucht vor der Bummelmaut

Die Mehrheit der Bundesländer kassiert inzwischen von Langzeitstudenten. Die Sonderabgabe wirkt vielfach tatsächlich abschreckend, doch sogar erklärte Gebühren-Fans halten von den Strafmandaten wenig.

Jörg Michaelis, Präsident der Universität Mainz, freut sich über seine Erstsemester. Jedes Halbjahr heißt der Mediziner Neuzugänge mit einer persönlichen Ansprache willkommen. »Die Studenten sollen sich hier zu Hause fühlen«, sagt Michaelis. Bei der Begrüßungsparty auf dem Uni-Campus im April gab es für die frisch Immatrikulierten Freikarten fürs Staatstheater und für ein Heimspiel des Fußball-Zweitligisten FSV Mainz 05.

Ein paar hundert Neulinge, die ab diesem Sommer in Mainz Fächer wie Philosophie, Soziologie und Geschichte studieren, interessieren sich indes weder für warme Präsidenten-Worte noch für die Kicker von FSV-Trainer Jürgen Klopp.

Sie sind auch nicht gekommen, um an der rheinland-pfälzischen Uni Lehrveranstaltungen wie »Der Sinn des Lebens« oder »Wissen und Weisheit in der antiken Philosophie« zu belegen. Sie wollen nur nicht mehr in Hessen eingeschrieben sein.

Denn da hat Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU) gerade so genannte Langzeitgebühren eingeführt. Wer die Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschreitet, zahlt ab sofort 500 Euro für das erste Semester nach der Deadline, für weitere Überziehungshalbjahre sind 700, danach sogar 900 Euro Strafgebühren fällig. Im Zweitstudium wird schon ab dem ersten Semester kassiert.

Viele Hessen-Flüchtlinge schreiben sich für ein ganz neues Fach ein – und firmieren so in Mainz als Erstsemester. »Diese Leute gelten auch dann nicht als Langzeitstudierende, wenn wir in Rheinland-Pfalz die Studienkonten bekommen«, erklärt Einig. Die Überläufer aus Frankfurt oder Darmstadt entgehen nicht nur den Strafgebühren, sie dürfen auch weiterhin das Semesterticket für Busse und Züge im Rhein-Main-Verkehrsverbund nutzen.

Solchen Hochschultourismus hatte Christdemokrat Corts mit seinem neuen Studienguthabengesetz wohl nicht im Sinn. Dennoch verbucht er jeden Abgang von einer hessischen Uni als persönlichen Erfolg. »Wir erzielen die Wirkung, die wir uns erhofft haben«, erklärt der Minister. Er sieht das Strafmandat für Langzeitstudenten als »Entscheidungshilfe, Gas zu geben und endlich zum Abschluss zu kommen« – oder sich neu zu orientieren. Der Minister räumt den Delinquenten eine Schonfrist ein: Wer bis zum Wintersemester 2005/06 sein Examen schafft, bekommt seinen Obolus erstattet; ganz gleich, ob er nach 18 oder 28 Semestern zur Prüfung antritt.



CARSTEN BECKMANN / DPA

Eier zu Wurfgeschossen: Hochschulminister Corts

Hessen gehört zur zweiten Generation von Bundesländern, die mit der Bummelmaut starten. In Baden-Württemberg kostet ein Langzeitstudium schon seit 1998 Geld, viele Länder folgten seither dem Beispiel aus Stuttgart (siehe Grafik Seite 18). So haben sich in Hamburg, wo jetzt erstmals eine entsprechende Abgabe von 500 Euro fällig ist, 1300 der fast 40 000 Studenten exmatrikuliert. »Die Statistik ist bereinigt worden – und das ist gut so«, sagt Universitätspräsident Jürgen Lühje. Positiv äußert sich auch die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft: »Die Universitäten sagen uns, dass die Anmeldezahlen für Abschlussprüfungen regelrecht in die Höhe geschellt sind. Das spricht dafür, dass unsere neuen Regeln wirklich helfen, die Studienzeiten zu straffen.«

In Rheinland-Pfalz gilt ab dem kommenden Semester ein Studienkontenmodell, bei dem jene Hochschüler, die ihr Guthaben ausgeschöpft haben, ebenfalls zahlen müssen. Doch noch erhebt das Land im Südwesten keine Gebühren – und wird deshalb jetzt zum beliebten Studienziel für Kommilitonen aus der Nachbarschaft.

»Wir hatten für dieses Semester etwa 1500 Bewerber, die vorher in Hessen eingeschrieben waren«, schätzt Bernhard Einig, Chef des Referats »Studium und Lehre« an der Mainzer Uni, »normal sind höchstens 300 Wechsel nach Rheinland-Pfalz.« Auffällig sei vor allem die hohe Zahl der Zuwanderer jenseits des 20. Hochschulsemesters.

Dass die Uni keine behütende Werkstatt für Dauerstudenten sein kann, die nie ernsthaft ein Examen planen, ist selbst unter den Gegnern allgemeiner Studiengebühren Konsens. Niemand solle aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten müssen, erklärte unlängst Bundeskanzler Gerhard Schröder bei TV-Talker Johannes B. Kerner, »aber wenn jemand bummelt, dann darf er das nicht auf Kosten der Gesellschaft«.

Neben dem Examensanreiz für säumige Studenten sind die Gebühren aber auch eine willkommene



GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS

**Noch gebührenfrei: Universität Mainz**

Möglichkeit, den Staatssäckel aufzufüllen. Allein die Uni Frankfurt, Hessens größte Hochschule, hat die Maut bereits von rund 2700 Studenten eingetrieben – macht knapp 1,4 Millionen Euro für den Finanzminister. Die Hochschulen kriegen davon nur zehn Prozent, mit denen sie den enormen Verwaltungsaufwand bezahlen müssen, den ihnen das neue Gesetz beschert. Die Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten moniert, es gehe nur um das »Stopfen von Löchern im Landeshaushalt«.

Zusätzlicher Spar-Effekt: Wenn die Unis wegen der Strafgebühr weniger Studenten in der Kartei haben, kann das Land finanzielle Zuwendungen und Planstellen streichen.

Rund 14 000 Gebührenbescheide haben der Frankfurter Verwaltungsmitarbeiter Robert Lorenz und seine Kollegen aus dem eigens eingerichteten »Referat für Studienguthaben« bislang verschickt. Als Nächstes müssen sie jeden einzelnen Befreiungsantrag bearbeiten. Denn wer Kinder erzieht, krank ist, nebenbei jobbt, in Teilzeit studiert oder sich im Asta engagiert, darf vorerst umsonst weiterstudieren.

**Kassieren auf dem Campus**

- Gebühren für Langzeitstudierende\* eingeführt
- Studiengebühren für ein Zweitstudium eingeführt

\* meist bei Überschreitung der Regelstudienzeit um vier oder mehr Semester



Der Frankfurter Asta, wo Michael als Vertreter der Jungsozialisten mitarbeitet, hat jetzt im Eilverfahren ehrenamtliche Berater ausgebildet, bei denen sich Mitstudenten informieren können, ob sie tatsächlich zahlen müssen. »Der Beratungsbedarf ist immens«, sagt Fraenkel. Das Argument, die Bummelgebühr vertreibe all jene Scheinstudenten, die sich niemals in einem Seminar blicken lassen und nur wegen Mensa-Verpflegung und Semesterticket immatrikuliert sind, findet Michael absurd. »Scheinstudenten schreiben sich ja nicht im 13. Semester ein«, sagt er, »Scheinstudent kann jemand vom ersten Semester an sein.«

Nicht nur Betroffene protestieren gegen den Zugriff auf die Portemonnaies der höheren Semester.

Auch Frank Ziegele, Forscher am gebührenfreundlichen Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und der Kumpanei mit Bummelanten gänzlich unverdächtig, hält Langzeitgebühren für unsinnig. Ziegeles Beweggründe sind indes andere als die der hessischen Studenten: Der CHE-Wissenschaftler fordert einen Studentenbeitrag schon ab dem ersten Semester, der allerdings

als so genannte nachgelagerte Gebühr erst gezahlt werden muss, wenn die Absolventen im Beruf stehen.

Die Schuld am schlechten Zustand der Hochschulen, so Ziegele, werde mit den Langzeitgebühren allein den Studenten zugeschoben. Ziegele: »Anders als mit allgemeinen Studiengebühren schafft man so keinen Anreiz, die Lehre zu verbessern.«

JULIA KOCH